

# ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 26. April 2011 – 2/2011

## Lehren aus den Landtagswahlen vom 27. März 2011

### Das Ende der „asymmetrischen Demobilisierung“

Die Landtagswahlen vom 27. März 2011 haben die politische Landschaft in Deutschland verändert. In Rheinland-Pfalz konnte die CDU keine Beteiligung an der Regierung erreichen; in Baden-Württemberg ist sie erstmals seit Jahrzehnten nicht mehr in der Regierung vertreten. Die Grünen verzeichneten außergewöhnliche Gewinne und stellen in Baden-Württemberg erstmals überhaupt in einem Landesparlament den Regierungschef.

Entgegen dem langjährigen Trend ist die Wahlbeteiligung wieder deutlich gestiegen. Dies mag größtenteils eine Folge der Tsunami-Katastrophe in Japan und der einsetzenden Debatte um die Kernenergie in Deutschland gewesen sein. Die gestiegene Mobilisierung bei diesen Wahlen hat aber auch der CDU genutzt. Daher stellt sich für künftige Wahlen die Frage, wie sich die Union angesichts steigender Wählermobilisierung strategisch aufstellen soll. Die Bundestagswahl 2009 ist dafür als Vorbild ungeeignet.

## **Lehren aus den Landtagswahlen vom 27. März 2011 – Das Ende der „asymmetrischen Demobilisierung“**

Gerhard Hirscher

Die Landtagswahlen vom 27. März 2011 bedeuten eine Zäsur in der politischen Partizipation in Deutschland. In Baden-Württemberg wird die CDU erstmals seit der Gründung des Landes 1952 nicht mehr zur Regierungsbildung benötigt; die Grünen überholen die SPD und können die erste grün-rote Landesregierung stellen. In Rheinland-Pfalz kann die SPD trotz enormer Verluste mit den ebenfalls stark angewachsenen Grünen die erste rot-grüne Landesregierung bilden. Die CDU, die von 1947 bis 1991 den Ministerpräsidenten gestellt hatte, bekam erneut keine Chance zur Regierungsbeteiligung. Beide Wahlgänge waren neben den landespolitischen Aspekten stark von den Einflüssen durch die Tsunami-Katastrophe in Japan und deren Folgen auf die energiepolitische Dimension in Deutschland überlagert. Zugleich zeigen die Wahlen ungeahnte Mobilisierungseffekte, die sich auf alle Parteien, aber nicht zuletzt auf CDU und CSU auswirken. Noch mindestens bis zur Bundestagswahl 2009 war es ein strategisches Ziel der Unionsführung, durch das Verhindern der Wählermobilisierung durch den politischen Gegner eine relative eigene Stärke zu erhalten, selbst wenn die Mobilisierung der eigenen Anhänger mäßig bleibt. Diese „asymmetrische Demobilisierung“<sup>1</sup> ist spätestens seit den letzten Landtagswahlen obsolet. CDU und CSU benötigen neue Strategien der Wählermobilisierung.

### **1. Ende einer Ära, verpasste bürgerliche Mehrheit: Die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März 2011**

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg bedeutet eine Zäsur im Land, aber auch für die politische Partizipation in Deutschland. Am Ende einer von bisher ungekannter Dynamik gekennzeichneten Mobilisierung steht eine grün-rote Landesregierung und damit ein Novum in der deutschen Politik. Hatten die landespolitischen Themen – allen voran die Debatte um „Stuttgart 21“ – schon für eine enorme Politisierung und Polarisierung in den Monaten zuvor gesorgt, brachte die Katastrophe in Japan kurzfristig das Thema Atomenergie auf die Tagesordnung. Damit wurde diese Landtagswahl in hohem Maße zur Symbolwahl für die deutsche Politik insgesamt, zumal die am längsten in Deutschland amtierende CDU-geführte Regierung auf dem Spiel stand. Der Regierungschef Stefan Mappus war aber erst seit Februar 2010 im Amt, weil sein Vorgänger Günther Oettinger als EU-Kommissar nach Brüssel ging. Die Summe der internen und externen Einflüsse haben die Ausgangslage für die CDU und eine bürgerliche Mehrheit enorm erschwert, aber erst die Dynamik der letzten Tage hat der bürgerlichen Mehrheit den Boden entzogen.

Die CDU kam auf 39,0 % und musste einen Verlust von 5,2 % hinnehmen. Damit blieb sie zwar mit Abstand stärkste Partei, aber da die FDP nur auf 5,3 % kam (ein Verlust von 5,4 % und damit eine Halbierung ihres Anteils), konnte sie keine Regierungsmehrheit erzielen. Die Grünen wurden mit einem Rekordergebnis von 24,2 % (ein Gewinn von 12,5 % und damit eine Verdoppelung ihres Anteils) zweitstärkste Partei vor der SPD, die auf 23,1 % bei einem Verlust von 2,0 % kam. Die Linke verpasste mit einem Wert von 2,8 % und einem Verlust von 0,3 % deutlich den Einzug in den Landtag. Die sonstigen Parteien erhielten zusammen 5,6 %. Davon schnitten die Piraten mit 2,1 % am besten ab, aber auch die Republikaner mit 1,1 % und die NPD mit 1,0 % kamen in den Bereich der Wahlkampfkostenerstattung, den die ÖDP mit 0,9 % knapp verpasste.

An absoluten Stimmen (das Wahlrecht sieht nur die Abgabe einer Stimme vor) holte die CDU 1.942.404; das waren zwar fast 200.000 Stimmen mehr als bei der letzten Landtagswahl, dies reichte aber dennoch nur zu einem prozentual deutlich geringeren Stimmenanteil. Die Grünen holten mit 1.205.508 Stimmen mehr als das zweieinhalbfache der letzten Wahl. Die SPD konnte mit 1.151.859 nur etwa 150.000 Stimmen mehr holen als 2006. Die FDP fiel hingegen deutlich ab auf 262.520 Stimmen, während die Linke ebenfalls knapp 18.000 auf 139.606 Stimmen zulegen konnte, aber dadurch trotzdem einen geringeren Anteil holte. Von den restlichen Parteien blieben nur die Piraten mit 103.392 über der Marke von 100.000 Stimmen.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kommt rechnerisch auf 44,3 %; dies ist der schlechteste Wert bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg überhaupt. Rot-Grün kommt auf 47,3 %, der mit Abstand beste Wert bisher. Zusammen mit der Linken hätte das linke Lager daher erstmals überhaupt im Land eine rechnerische absolute Mehrheit von 50,1 %.

Von den 70 Direktmandaten gewann die CDU 60. Erstmals holten die Grünen neun Direktmandate, die SPD eines.

Die Wahlbeteiligung lag bei 66,2 % und damit deutlich höher als bei der Landtagswahl 2006 mit 53,4 %.

Die Wählerwanderungen laut Infratest dimap zeigen die Dynamik der Wahl. Die CDU konnte 221.000 Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler holen. Die gestiegene Wahlbeteiligung hat also auch bei der CDU zu zusätzlicher Mobilisierung geführt. Zusätzlich bekam sie 66.000 Stimmen von der FDP, die aber keinen Zuwachs für das bürgerliche Lager insgesamt bedeuteten. Abgeben musste sie 87.000 Stimmen an die Grünen, 39.000 an die SPD, 6.000 Stimmen an sonstige Parteien und 5.000 an die Linke. An den Generationenwechsel verlor sie 55.000 Stimmen, während der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen einen ungewöhnlichen Gewinn von 100.000 Stimmen einbrachte. Der Netto-Stimmengewinn brachte die CDU aber insgesamt der Mehrheit nicht näher.

Die Grünen holten Stimmen aus allen Richtungen. 266.000 von den Nichtwählern, 140.000 von der SPD, 87.000 von der CDU, 61.000 von der FDP, 33.000 von der Linken und 25.000 von sonstigen Parteien. Der Saldo aus dem Generationenwechsel war – wie immer bei den Grünen – mit 68.000 Stimmen ebenso positiv wie der aus Zu- und Fortgezogenen mit 64.000.

Die SPD verzeichnet eine gemischte Bilanz: Sie holte 162.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler, 39.000 von der CDU und 26.000 von der FDP sowie 1.000 von der Linken. Sie musste allerdings 140.000 Stimmen an die Grünen und 3.000 an sonstige Parteien abgeben. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 4.000 Stimmen nur leicht positiv, während auch sie 65.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holten konnte. Anders als bei CDU und FDP führten die Verluste an die Grünen zu keiner Schwächung des Lagers, da der Partner ausreichend weitere Stimmen holte.

Die FDP konnte zwar auch 15.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler holen, verlor aber ansonsten in alle Richtungen: Sie gab an die CDU 66.000, an die Grünen 61.000, an die SPD 26.000, an sonstige Parteien 8.000 und an die Linke 3.000 Stimmen ab. An den Generationenwechsel musste sie 18.000 Stimmen abgeben; aus dem Saldo aus Zu- und Fortgezogenen konnte sie mit 9.000 Stimmen nur leicht profitieren.

Die Linke konnte 25.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager holen sowie 5.000 von der CDU und 3.000 von der FDP. Sie gab aber auch deutlich ab: 33.000 Stimmen an die Grünen sowie jeweils 1.000 an die SPD und sonstige Parteien. Vom Generationenwechsel profitierte sie mit 6.000 Stimmen nur leicht, konnte aber 14.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holen.

Die sonstigen Parteien verloren 25.000 Stimmen an die Grünen, gewannen aber 49.000 aus dem Nichtwählerbereich, 8.000 von der FDP, 6.000 von der CDU, 3.000 von der SPD und 1.000 von der Linken. Aus dem Generationenwechsel holten sie 20.000 Stimmen, aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen nochmals 7.000.

Das Nichtwählerlager gab deutlich in alle Richtungen ab: 266.000 an die Grünen, 221.000 an die CDU, 162.000 an die SPD, 49.000 an sonstige Parteien, 25.000 an die Linke und 15.000 an die FDP.

Dabei war schon im Vorfeld zu erkennen, dass sich bei dieser Wahl Faktoren auswirken würden, die sich in anderen Ländern in diesem Ausmaß wohl nicht gezeigt hatten. Seit dem letzten Jahr hatte die Debatte um das Bahnprojektt „Stuttgart 21“ eine enorme Mobilisierung vorwiegend für die Grünen zur Folge gehabt, was ihre Ausgangslage für diese Landtagswahl im Vorfeld deutlich verbessert hatte. Hinzu kommt, dass die Grünen in Baden-Württemberg und viele ihrer Repräsentanten schon seit vielen Jahren ein eher moderates und sympathisches Image in der Bevölkerung hatten. Zugleich war in der Bevölkerung die Bereitschaft, die Grünen in der Landesregierung zu akzeptieren, stark angestiegen. Laut Forschungsgruppe Wahlen (FG Wahlen) sagten im Vorfeld der Wahl auf

das Statement, eine rot-grüne Regierung würde die wirtschaftliche Stärke gefährden, 57 % der Wähler, das treffe eher nicht oder überhaupt nicht zu. Eine solche Koalition hielten 47 % für gut und nur 36 % für schlecht; sogar eine Koalition unter grüner Führung mit der SPD als Juniorpartner fanden 44 % gut und 45 % schlecht. 50 % der Wähler sagten, es sei Zeit für einen Regierungswechsel. Eine Koalition aus CDU und FDP fanden nur 32 % gut und 49 % schlecht. Damit waren die Präferenzen deutlich ausgedrückt.

Die CDU behielt aber die Führung in den meisten der Parteikompetenzen: So lag sie laut FG Wahlen in den Feldern Stuttgart 21, Arbeitsplätze, Wirtschaft und Zukunft vorn. Die SPD erreichte nur einen Vorsprung bei Bildung und Schule. Die Grünen hatten jedoch einen klaren Vorsprung beim Thema Atomkraft, das in den letzten Tagen vor der Wahl immer bedeutender wurde und für 41 % das wichtigste Thema darstellte. Es spricht einiges dafür, dass es ohne die Reaktorkatastrophe in Japan deutlich bessere Chancen für eine schwarz-gelbe Mehrheit gegeben hätte.

Zwar waren vor allem die Verluste der FDP und die überproportionale Mobilisierung durch die Grünen wahlentscheidend, aber das Ergebnis der CDU zeigt ebenfalls wieder bekannte strukturelle Nachteile, die mitentscheidend waren. Eine deutliche Überalterung der Wählerschaft ist hierfür ebenso kennzeichnend wie Defizite in bestimmten Berufs- und Bildungsgruppen sowie bei Frauen. Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg hat für die CDU deutlich gemacht, dass sie vor allem in den Bereichen neu mobilisieren muss, in denen die Grünen erfolgreich waren, um wieder in eine Position der Mehrheitsfähigkeit zu gelangen.

Allerdings sollte das Ergebnis der Grünen nicht überschätzt werden. Sie haben am stärksten von der großen Mobilisierungswirkung der Umstände profitiert. Ein derartiger Zulauf aus sehr heterogenen Gruppen ist für die Grünen einmalig und kann so aller Voraussicht nach nicht wiederholt werden. Vor allem wird die Frage interessant werden, wie es um die Mobilisierungsfähigkeit der Partei bestellt ist, wenn sie aus der Position des Regierungsmitglieds heraus antritt – noch dazu wenn sie den Regierungschef stellt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch die Grünen mit Rückschlägen rechnen müssen. Andererseits haben sie es geschafft, nicht nur Generationenpartei zu bleiben, sondern sich auch in den jüngeren Wählergruppen immer wieder festzusetzen. Ob sie so zur Volkspartei werden können, ist angesichts ihrer soziologischen Schwerpunkte fraglich. Allerdings sind die Voraussetzungen gut, auch in anderen Regionen über das Niveau einer Kleinpartei hinaus zu wachsen und – mindestens im Westen – die SPD zu überholen. Immerhin wird sie bundesweit von der Gesamtbevölkerung nach wie vor als Gruppierung links von der Mitte und links von der SPD verortet. Auch deswegen steht sie bundesweit nach wie vor stärker in Konkurrenz zur SPD als zur Union.

Paradoxerweise hat das Wahlergebnis eher die Mobilisierungsschwäche der SPD im Land unterstrichen, die aber dennoch an der Regierung beteiligt wird. Die CDU hat verloren, ist aber klar stärkste Kraft geblieben, auch wenn sie in Großstädten Direktmandate verlor. Die strukturellen Defizite im Aufbau der Wählerschaft waren in andern Ländern auch

schon heftiger ausgefallen. Daher kann sie in anderen Konstellationen wohl wieder mit Mehrheiten in Baden-Württemberg rechnen. Anders als die FDP, die dramatisch verlor und damit dem bürgerlichen Lager die Mehrheitsfähigkeit entzog, zeigt das Ergebnis für die CDU, dass sie auch unter schwierigen Umständen zahlreiche Wählergruppen halten und sogar aus dem Nichtwählerbereich wieder stark mobilisieren kann. Andererseits hat die CDU (was bisher noch nie vorgekommen ist) an die Grünen in einer Größenordnung verloren, die den größten Verlust überhaupt ausmacht. Sollte sich dies fortsetzen, dann könnten die Grünen langfristig in der Tat mehr Zulauf aus dem bürgerlichen Lager bekommen und sich stärker als Partei der Mitte präsentieren.

Eine weitere Konsequenz der Wahl ist unübersehbar: Zur Mehrheitsfähigkeit gehört auch für die CDU künftig wieder die Mobilisierungsfähigkeit in breiter Front. Dazu werden Strategien nötig sein, mit denen die erreichbaren Wählersegmente und die dafür nötigen Themen mit den dazu passenden Personen definiert und umgesetzt werden. Dies wird nicht nur eine Herausforderung für die CDU im Südwesten sein.

## **2. Keine Chance für die bürgerliche Mehrheit: Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011**

Anders als bei der Wahl in Baden-Württemberg am selben Tag haben sich die aktuellen Ereignisse um die Katastrophe in Japan zwar ausgewirkt, aber das Wahlergebnis nicht ganz so dramatisch mitbestimmt. Mit Kurt Beck stellte sich der dienstälteste deutsche Ministerpräsident zur Wiederwahl. Auch wenn die Umfragen im Vorfeld nahelegten, dass die CDU mit ihrer Spitzenkandidatin Julia Klöckner nahe an die SPD kommen könnte, war eine Wiederwahl Becks sehr wahrscheinlich, zumal die SPD im Vorfeld eine Koalition mit den Grünen in Aussicht gestellt hatte. Die Grünen standen vor einer völlig anderen Ausgangslage als in Baden-Württemberg und strebten nichts anderes als den Einzug in den Landtag und die Juniorpartnerschaft mit der SPD an.

Die SPD kam mit 666.666 Zweitstimmen (Landesstimmen) auf 35,7 %. Sie wurde damit zwar knapp stärkste Partei vor der CDU, verlor aber 9,9 % gegenüber der letzten Landtagswahl 2006. Ihr Erststimmenergebnis war mit 699.417 und 37,7 % deutlich besser. Sie benötigt daher einen Koalitionspartner, um weiter regieren zu können.

Die CDU holte 658.211 Zweitstimmen und kam auf 35,2 %, ihr Erststimmenanteil war bei 683.795 und mit 36,9 % höher. Sie konnte damit ihr letztes Ergebnis leicht um 2,4 % verbessern.

Die Grünen konnten stark zulegen und erhielten 288.341 Landesstimmen; das entspricht 15,4 %. Ihr Erststimmenanteil war mit 263.595 oder 14,2 % – wie so oft – niedriger. Damit hatten sie 10,8 % bei den Zweitstimmen gewonnen, wurden drittstärkste Partei und stehen der SPD als Koalitionspartner zur Verfügung.

Die FDP kam nur noch auf 79.363 Zweitstimmen und scheiterte mit 4,2 % an der 5 %-Hürde. Dies bedeutete einen Verlust von 3,8 %. Erstaunlicherweise holte sie 82.327 Erststimmen – das entspricht 4,4 % –, was darauf hindeuten könnte, dass sie unter Einflüssen gelitten hat, die nicht in der Landespolitik liegen.

Die Linke kam mit 56.040 Zweitstimmen auf 3,0 % (ein Verlust von 0,4 %) und verpasste ebenfalls den Einzug ins Parlament. Auch sie holte mit 60.033 Stimmen oder 3,2 % einen höheren Anteil bei den Erststimmen.

Die sonstigen Parteien kamen auf 6,5 % bei den Zweitstimmen. Dabei holten die Freien Wähler 2,3 %, die Piraten 1,6 % und die NPD 1,1 % und kommen damit in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kommt rechnerisch auf 39,6 % und ist damit weit von der Mehrheit entfernt. SPD und Grüne zusammen holen mit 51,1 % eine deutliche Mehrheit an Zweitstimmen; mit den Linken wären dies 54,1 % gewesen.

Die SPD kommt auf 42 Mandate, die CDU auf 41 und die Grünen auf 18. Aufgrund der vorherigen Koalitionsaussage wird ein rot-grünes Kabinett gebildet. Theoretisch wäre jedoch eine große Koalition oder ein schwarz-grünes Bündnis möglich.

Die Wahlbeteiligung lag bei 61,8 %. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber der letzten Landtagswahl, wo sie nur bei 58,2 % gelegen hatte, aber keinen enormen Anstieg bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am selben Tag.

Die Wählerwanderungen laut Infratest dimap zeigen ähnliche Strukturen wie in Baden-Württemberg. Die Wählerwanderung zeigt für die SPD ein durchwachsenes Ergebnis: Zwar konnte sie 2.000 Stimmen von den Nichtwählern und 10.000 von der FDP holen, sie musste aber stark an die anderen Parteien abgeben. An die Grünen verlor sie 87.000 Stimmen, an die CDU 37.000, an sonstige Parteien 12.000 und an die Linke 8.000. An den Generationenwechsel musste sie 25.000 Stimmen abgeben, der Saldo aus Zu- und Fortzügen war jedoch mit 22.000 Stimmen im positiven Bereich. Ohne die gestiegene Wahlbeteiligung und die durch sie erfolgte Mobilisierung hätte es für die SPD also noch deutlich schlechter ausgehen können.

Die CDU musste zwar 13.000 Stimmen an die Grünen und 2.000 an die Linke abgeben, fuhr ansonsten aber deutliche Gewinne ein: 37.000 Stimmen kamen von der SPD, 27.000 von der FDP und 15.000 von den Nichtwählern sowie 7.000 von sonstigen Parteien. An den Generationenwechsel verlor sie mit 28.000 Stimmen mehr als die SPD, ihr Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war aber mit 41.000 Stimmen stärker im positiven Bereich. Die CDU konnte also nicht nur im Nichtwählerlager, sondern auch bei anderen Parteien mobilisieren.

Die Grünen konnten ihre Zuwächse aus allen Richtungen ziehen: 87.000 Stimmen von der SPD, 35.000 von den Nichtwählern, 13.000 von der CDU und 12.000 von der FDP sowie 6.000 von sonstigen Parteien und 4.000 von der Linken. Ihr Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 24.000 Stimmen deutlich positiv; zusätzlich holte sie 27.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Das Gegenbild bietet die FDP, die in alle Richtungen verlor: 27.000 Stimmen an die CDU, 12.000 an die Grünen, 10.000 an die SPD, jeweils 6.000 an Nichtwähler und sonstige Parteien und 1.000 an die Linke. An den Generationenwechsel verlor sie 6.000, lediglich der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 7.000 Stimmen positiv. Wie in Baden-Württemberg bedeuteten die allseitigen Verluste der FDP, dass das bürgerliche Lager insgesamt den Austausch zwischen FDP und CDU nicht kompensieren konnte.

Die Linke holte 8.000 Stimmen von der SPD, 4.000 von den Nichtwählern, 2.000 von der CDU und 1.000 von der FDP. Abgeben musste sie 4.000 Stimmen an die Grünen und 2.000 Stimmen an die sonstigen Parteien. Ihr Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 1.000 ebenso leicht positiv wie der aus Zu- und Fortgezogenen mit 1.000 Stimmen. Sie konnte also von der höheren Wahlbeteiligung nicht profitieren.

Die sonstigen Parteien erhielten 12.000 Stimmen von der SPD, 6.000 von der FDP und 2.000 von der Linken. Sie verloren 7.000 an die CDU und 6.000 an die Grünen. An die Nichtwähler gaben sie 6.000 Stimmen ab; auch der Saldo aus Zu- und Fortzügen war mit 2.000 Stimmen im negativen Bereich. Sie holten aber 6.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel.

Das Lager der Nichtwähler wurde nur durch 6.000 Stimmen von der FDP gefüllt. Ansonsten verlor es 35.000 Stimmen an die Grünen, 15.000 an die CDU, 2.000 an die SPD und 4.000 an die Linke.

Dazu hat die Debatte um die Atomenergie einen zusätzlichen Schub gebracht. Nachdem sich die SPD im Vorfeld für eine rot-grüne Koalition ausgesprochen hatte, konnte der große Verlust der SPD problemlos durch die überproportionalen Gewinne der Grünen ausgeglichen werden, während der CDU trotz eines achtbaren Ergebnisses wegen der Schwäche der FDP jede Regierungsperspektive fehlt. In der Bevölkerung insgesamt wurde eine Koalition von SPD und Grünen im Vorfeld laut FG Wahlen von 46 % als gut und nur von 34 % als schlecht bezeichnet. Eine Koalition aus CDU und FDP fanden aber nur 31 % gut und 50 % schlecht; eine aus SPD und FDP sogar nur 19 % gut und 51 % schlecht.

Auch in Rheinland-Pfalz ist der CDU angesichts der Umstände eine insgesamt gute Mobilisierungsleistung gelungen. Allerdings waren ihre Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung angesichts der Zustimmungswerte und der politischen Konjunktur ohnehin gering gewesen. Das Wahlergebnis zeigt ebenfalls die im Westen bekannten strukturellen Probleme auf wie Überalterung und Defizite in einzelnen Berufs- und Bildungsgruppen. Aber zugleich wies es noch die Elemente der klassischen Verteilung bei einer gewachsenen

Volkspartei auf. Sie musste nur wenig an andere Parteien abgeben, konnte aber aus fast allen anderen Bereichen Stimmen an sich ziehen. Sie hat ebenfalls von der zusätzlichen Mobilisierung und der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert (wenn auch nicht ganz so stark wie in Baden-Württemberg), litt aber ebenso unter der Mobilisierungsschwäche der FDP. Die Grünen konnten bei dieser Wahl zwar weit weniger als in Baden-Württemberg vom Mobilisierungsschub durch die Debatte um die Atomenergie profitieren, aber ihre überdurchschnittlichen Gewinne reichten problemlos für eine Koalition unter der Führung der SPD, die sich schon früh für ein solches Bündnis ausgesprochen hatte. Auch hier war spätestens nach dem Beschluss der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke vom Herbst 2010 ein schwarz-grünes Bündnis nicht auf der Tagesordnung. Insofern hat diese Entwicklung auch die Regierungsbeteiligung der SPD gerettet, die bei dieser Landtagswahl nur wenige Stimmen von der FDP und der Linken holen konnte, aber stark an die anderen Parteien, vor allem an CDU und Grüne, abgeben musste. Für die Linken schließlich bedeutete die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ebenso wie die in Baden-Württemberg das vorläufige Ende aller Expansionssträume im Westen. Eine Wählermobilisierung, die nicht zentral über das Thema soziale Gerechtigkeit läuft, ist für die Linken kontraproduktiv. Keines der anderen relevanten Themen – und auch nicht die Atomenergie – bringt ihnen gegenwärtig einen nennenswerten Zuwachs.

Für die Union bleibt die Herausforderung, auch bei wieder ansteigender Mobilisierungskraft auf Bündnispartner angewiesen zu sein. Über die Bündnis constellationen kann aber erst dann weiter entschieden werden, wenn die Neupositionierung in den zentralen Politikfeldern abgeschlossen ist. Dazu werden wohl auch in mittlerer Frist die Energiepolitik und die Atomkraft gehören, die wohl auf längere Zeit in der Themenagenda in Deutschland ganz oben stehen werden. Aber auch außenpolitische, sicherheitspolitische sowie finanz- und wirtschaftspolitische Fragen werden dabei eine Rolle spielen. Da im Bund wie in den Ländern auch die FDP eine inhaltliche Neupositionierung versuchen wird, werden die anderen Optionen, allen voran große Koalitionen (die im Osten schon das vorrangige Koalitionsmodell sind) oder neue Bündnisse mit den Grünen im Mittelpunkt strategischer Überlegungen stehen müssen. Letzteres wird auch im Interesse der Grünen sein, da die SPD die größeren strukturellen Schwächen in ihrer Wählerstruktur aufweist wie die Union und diese daher damit rechnen müssen, dass rot-grüne Mehrheiten nach dem von Sondereffekten überlagerten Wahltermin des 27. März 2011 nicht ohne weiteres wieder herzustellen sind. Wenn es der Union gelingt, sich als Bündnispartner in diesen Richtungen zu präsentieren, könnte sie als letzte bundesweit verbliebene Volkspartei im Zentrum wechselnder Bündnisstrukturen in Bund und Land firmieren. Möglicherweise gibt es dazu wegen der immer größeren Fluktuationen im Wahlverhalten in Deutschland keine realistische Alternative.

### 3. Fazit

Die Wahlen in Deutschland waren in den letzten Jahren – einschließlich der Bundestagswahl 2009 – durch die rückläufige Wahlbeteiligung geprägt.<sup>2</sup> Dieser Trend hat sich schon bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011, aber vor allem bei den beiden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine Woche später umgekehrt. Selbst wenn hierfür vorwiegend konjunkturelle Gründe eine Rolle spielen sollten, bleibt die Konsequenz, dass die gewachsene Masse der Nichtwähler auch wieder schrumpfen und sich in die Reihe der Parteiwähler eingliedern kann. Die beiden Wahlen haben gezeigt, dass sich in Deutschland auch kurzfristig enorme Mobilisierungseffekte manifestieren können. Davon hat bei beiden Wahlen auch die CDU profitiert, die Zuwächse nicht nur aus dem Nichtwählerlager, sondern auch von anderen Parteien erringen konnte. Selbst wenn das die negativen Aspekte (etwa durch die Überalterung ihrer Wählerschaft) nicht immer vollständig kompensieren konnte, war letztlich hauptsächlich der Zusammenbruch der FDP für die fehlende Mehrheitsperspektive des bürgerlichen Lagers verantwortlich.

Für die Union werden künftig unter vergleichbaren Ausgangsbedingungen zusätzliche Mobilisierungsanstrengungen erforderlich sein. Der Versuch, durch „asymmetrische Demobilisierung“ die Wähler anderer Parteien – vor allem durch die Vermeidung vermeintlich zu kontroverser Auseinandersetzungen – von den Wahlurnen fernzuhalten, kann nicht wiederholt werden. Die Eigenmobilisierung wird wichtiger werden. Es bedarf der strategischen Festlegung, ob dabei vorrangig die Wähler anderer Parteien oder diejenigen im bisherigen Nichtwählerbereich angesprochen werden sollen. Für CDU und CSU scheinen im letzten Bereich die größeren Reserven zu liegen. Natürlich werden CDU und CSU auch immer innerhalb des Lagers um Wähler mit der FDP oder lagerübergreifend vor allem um Wähler der SPD konkurrieren. Auf der anderen Seite haben sich viele konservative Stammwähler in den letzten Jahren von der Union entfernt. Sie sind aber zumeist nicht zu anderen Parteien, sondern in das Lager der Nichtwähler gewandert. Dort sollte vorrangig nach zusätzlichen Stimmen gesucht werden. Der hohe Mobilisierungsgrad der Landtagswahlen vom 27. März 2011 hat unterstrichen, dass dies durchaus möglich ist.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Begriff wurde von der Forschungsgruppe Wahlen zur Charakterisierung der Wahlkampfstrategie der Union bei der Bundestagswahl 2009 verwandt. Siehe Jung, Mathias / Schroth, Yvonne / Wolf, Andrea: Regierungswechsel ohne Wechselstimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51/2009, S. 12-19.
- <sup>2</sup> Siehe hierzu Hirscher, Gerhard: Der Weg zur bürgerlichen Mehrheit. Die Unionsparteien und die Wahlen von 2005 bis zur Bundestagswahl 2009 (= Berichte & Studien 90 der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2010; Jesse, Eckhard / Sturm, Roland (Koord.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München 2010; Rattinger, Hans u. a. (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011.

## Autor

Dr. Gerhard Hirscher ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

---

Impressum: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München  
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf